

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Jedes Kind braucht ein Zuhause! Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Familien mit Kindern verhindern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ressortübergreifend schnellstmöglich sicher zu stellen, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Familien mit Kindern im Interesse des Kindeswohls verhindert wird. Dafür sind sowohl präventive Maßnahmen zu ergreifen, um den Verlust der Wohnung zu vermeiden, als auch im Falle eingetretenen Wohnungsverlustes schnellstens zu reagieren und kindgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere ist sicherzustellen:

- der bedarfsgerechte Ausbau von ganzjährigen niedrighschwelligem Angeboten in spezialisierten Notunterkünften mit pädagogischer Betreuung und Beratung für Familien mit Kindern für die sofortige Unterbringung bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit,
- präventive Maßnahmen im Falle drohenden Wohnraumverlustes insbesondere durch ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Landes- und bezirklicher Ebene mit weiteren Institutionen und Einrichtungen sowie freien Trägern und Entwicklung von Konzepten, Strukturen und Verfahren für die ganze Stadt,
- die Einführung einer berlinweiten Erfassung der Zahl wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Familien mit Kindern zur Gewährleistung von Prävention und zur rechtzeitigen und bedarfsgerechten Bereitstellung geeigneter Unterbringungseinrichtungen, Angeboten betreuten Wohnens und von bezahlbaren und familiengerechten Wohnungen.

Der notwendige finanzielle Aufwand und weitere, insbesondere personelle, Ressourcen sind sicherzustellen. Bei der Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes zur Umsetzung o.g. und weiterer Maßnahmen sind die Bezirke und Träger, Institutionen und Einrichtungen sowie wei-

tere Expertinnen und Experten und Betroffene einzubeziehen. Die Fortschreibung der „Leitlinien zur Wohnungslosenhilfe“ ist dringend auch unter dem Aspekt der Wohnungslosigkeit von Familien mit Kindern zu intensivieren. Die Ergebnisse sind zeitnah zur öffentlichen Diskussion vorzulegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2016 zu berichten.

Begründung:

Die in der Wohnungslosenhilfe tätigen Träger und Einrichtungen, andere soziale und Jugendhilfeeinrichtungen sowie ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass die Zahl von Menschen ohne Dach über dem Kopf in Berlin wächst und zunehmend Familien/Alleinerziehende mit Kindern betroffen sind. Deren Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit wird insbesondere in der kalten Jahreszeit existenziell für das Wohl der Kinder. Dass Kinder nachts im Freien übernachten müssen, darf nicht geduldet werden. Der Senat weigert sich, von diesem Problem Kenntnis zu nehmen und seine Politik darauf auszurichten, Wohnraumverlust zu vermeiden und existierender Wohnungslosigkeit schnell und wirksam zu begegnen. In Not befindliche Familien mit Kindern werden im Kompetenzgerangel zerrieben. Jugendämter wollen helfen und müssen sich entscheiden, Kinder entweder in Obhut zu nehmen und damit von ihren Eltern zu trennen oder die Familie zu erhalten, ohne für Wohnraum sorgen zu können. Diese Frage darf sich nicht stellen. Auf der Strecke bleiben immer die Kinder. Die Berliner Unterbringungsleitstelle ist überfordert, die bezirklichen Sozialämter verfügen im geschützten Marktsegment über keinen Wohnraum. Der allgemeine Mangel an bezahlbarem und kindgerechten Wohnraum zeigt auch hier Wirkungen. Das spielt jedoch in den Plänen des Senats für den Wohnungsneubau nur eine untergeordnete Rolle.

Es ist nicht verwunderlich, dass es der Senat in dieser zu Ende gehenden Wahlperiode nicht geschafft hat, die „Leitlinien zur Wohnungslosenhilfe“ fortzuschreiben. Der Senat verweigert sich sogar der Erfassung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, offenbar frei nach dem Motto: Wo keine Zahlen, da kein Problem. Die AWO Berlin geht von folgenden Schätzungen aus: „Im Jahr 2013 wurden in Berlin ca. 6 500 Menschen in Obdächern untergebracht. Bei 30 Prozent Frauenanteil und durchschnittlich 1,38 Kindern pro Frau sind das also 2 600 Kinder, die in Berliner Obdächern untergebracht sind. Auch hier sind die Zahlen steigend.“ (Aus dem Wortprotokoll der Anhörung im Fachausschuss BildJugFam des Abgeordnetenhauses am 03. Dezember 2015) Angesichts dieser Aussage reicht es nicht, wenn der Senat in Antworten auf Anfragen immer wieder darauf verweist, dass man im Gespräch sei. Es müssen endlich Lösungen gefunden werden.

Die Berliner Armutskonferenz hat erst kürzlich auf die Lage der Schwächsten in dieser Stadt hingewiesen. Träger der Wohlfahrtsverbände und Ehrenamtliche schlagen Alarm. Der Landesjugendhilfeausschuss hat am 16. Dezember 2015 einen Beschluss mit der Überschrift „Kinder gehören nicht in Obdächer, Notschlafstellen und Sammelunterkünfte“ gefasst. Eine Anhörung im zuständigen Fachausschuss des Abgeordnetenhauses am 03. Dezember 2015 hat die Situation noch einmal drastisch verdeutlicht. Es wurden konkrete Vorschläge gemacht, die Politik wurde dringend zum Handeln aufgefordert. Dem Senat sind die Probleme lange bekannt. Er muss endlich handeln.

Berlin, den 02. März 2016

U. Wolf Möller
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke